

einanderlegung. Die Nazis halten Verhandlungen von auswärts getan.

7 Autos von Großenbaum, mit dem bekannten Mordsturm, wurden gegen die Arbeiter eingesetzt. Aus allen Ortschaften der Umgebung eilten die Arbeiter zu ihren bedrohten Genossen.

Als die Nazis auf die Arbeiter schossen, begleitete sich die Erregung der arbeitenden Bevölkerung aufs Äußerste. Wehrhaft fämpften die Arbeiter gegen die braune Macht. Bis in die 24. Stunde dauerten die Zusammenstöße.

Gelegentlich 23.30 Uhr trafen Überlebenskommandos ein. Die Polizei wurde sich nur gegen die Arbeiter. 41 Verhaftungen von Arbeitern nahm die Polizei vor. Ein SPD-Arbeiter erhielt 9 Wälleichen. Ein Kommunist einen Hals- und Rückenbiss. Ein sozialdemokratischer Arbeiter aus Schwerin einen Stoßschlag ins Bein. Die Nazis hatten ebenfalls Verluste.

Die Empörung der Königsblütner Arbeiterschaft ist ungeheuerlich. Am gleichen Nachmittag wurde bei allen Einwohnern Ausschreibungen vorgenommen und Arbeiterschaft verhaftet. Selbst Kleingewerbetreibende, die nicht nur mit den Nazis sympathisierten, okultierten ihre Entzürfung über den planmäßigen durchgeführten Mordüberfall. Auch die sozialdemokratischen Arbeiter standen entweder über das leige Verhalten ihrer Führer im Staate und erklärten den kommunistischen Genossen gegenüber, daß sie auch in Zukunft mit den Kommunisten gegen jede Naziprovokation zusammenarbeiten werden!

Am Freitag, dem 8. Juli, findet eine große Kundgebung statt, in welcher die Königsblütner Arbeiter ihren roten Massenleibesbildung schwören werden!

Gebering für Papen und Hitler

Marmierende Erklärungen des SPD-Führers. Verhöhnung der SPD-Arbeiter

Auf der Kundgebung der SPD, die am 3. Juli in Nienburg (Wefer) stattfand, erklärte Seevering laut unbestimmter Meldung der Telegraphenbüros:

"Wenn der Nationalsozialismus durch die Tat beweise, daß er fruchtbare Arbeit zu leisten versteht, so würde ihm die SPD die Anerkennung nicht verweigern. Man könne 13 Millionen Wähler nicht ignorieren und bei der Mitarbeit am Staat ablehnen... Den augenblicklich Regierenden sei nicht zu überreden, daß sie gute Patrioten und von dem guten Glauben an den Erfolg ihrer Arbeit beseelt seien..."

Diese Erklärung Seeverings ist eine blutige Verhöhnung der sozialdemokratischen und aller Arbeiter. Seevering lobt Papen, dessen Ausschreibungen die Unterdrückung der Gewerkschaften, die Löste der Bedienten, die Renten der Invaliden fürzen. Seevering preist Papen und Schleicher als "gute Patrioten" und schertigt zu ihrer Aufhebung des Verbots und Auflösungsverbotes für die SA-Vandalen, ihr Verbot des "Vormars", ihre Gewaltmaßnahmen gegen das Proletariat und gegen die KPD.

Seevering spricht von Anerkennung der Nazis, deren Banden täglich sozialdemokratische und kommunistische Arbeiter rücksichtlos ermorden. Seevering erläutert sich ganz offen für die "Wirtschaft" Hitlers am Staate, für Hitlers Hetanzallen an die Stadt.

Ein Sturm der Empörung muß die Antwort aller Arbeiter

Polizei- und Justizdebatte im Landtag

Die Kommunisten gegen den Klassenstaat des kapitalistischen Staates

Der Landtag beschäftigte sich am Dienstag zunächst mit den Haushaltssachen. Ministerium der Justiz, Gerichte, Staatsanwaltschaften und Gefangenensachen, Oberverwaltung, gerichtet.

Nach der Berichterstattung aus dem Haushaltsausschuß nimmt für die kommunistische Fraktion Genosse Scheffler zu diesen Kapiteln Stellung:

Nach bei diesen Kapiteln kommt der Klassencharakter des Haushaltplanes deutlich zum Ausdruck. Wir verweigern die Mittelbereitstellung für die Klassenjustiz, die gerade in den letzten Monaten unerhörte Klassenunterschicht geahnt hat. Allein im Monat März bis April wurden vom Strafgericht Dresden 30 Arbeitnehmer wegen politischer Delikte verurteilt. Die sozialdemokratische Justiz hat in 10 Jahren 801 Arbeitnehmer wegen politischer "Straftaten" zu 102 Jahren Gefangenendienst und Zuchthaus verurteilt.

Das Gesetz ist für die Gefangenendienstzeit ein Beitrag von

1000 Mark "eingeparkt" worden. Das bedeutet trotz der gegenwärtigen Eillierung der Regierung, daß bei der erhöhten Belegschaftszahl der Gefangenendienst die jetzt schon völlig ungerechte Kost weiter verschärft wird.

Wir fordern Amnestie!

Wir verlangen Tariflöhnne für die Arbeit der Gefangenen, wie ferner Erhöhung der Mittel für die Gefangenendienstzeit bei

der Haftentlassung und fordern, daß die Unterstützungsgebühren bei Roten Hilfe nicht auf die Unterstützung angerechnet werden. Wir fordern Aufhebung des Verbotes der kommunistischen Zeitung und Zeitschriften in den Gefangenendiensten. Wir verlangen 10 Minuten für alle proletarischen politischen Gruppierungen und für alle aus wirtschaftlicher Not begangenen Straftätsche. Zu allem dienen Parteien haben wir Anträge gestellt. Darüber hinaus haben wir einen Begehrungswurf über die Gewährung von Strafrechts als Antrag eingereicht.

In der Abstimmung werden die Einzelkapitel gegen die Stimmen der kommunistischen Fraktion angenommen. Der kommunistische Antrag auf Amnestie verfällt der Abstimmung, weil die Sozialdemokratie im Interesse eines von ihr gezielten Abänderungsantrages, der den kommunistischen Einschätzungen und Antragen, gegen diesen Antrag stimmt. Es wäre ohne Zweck aufgenommen worden, da außer den Kommunisten auch die Partei Dierkes Antrag ihre Zustimmung gab. Der sozialdemokratische Abänderungsantrag wird dagegen ebenfalls abgelehnt, obgleich alle kommunistischen Abstimmungen für den verschiedenen Kapiteln des Justizkapitals.

Der Mord an Genosse Dornberger

Zum Zusammenhang mit dem Haushaltssachen geht es gründlich Herrmann unter seinen kommunistischen Ansichten, der bereits in der vorherigen Sonderausgabe des "Dienstes" von mir eingeholt wurde und die unerhörten Vorwürfe am 27. Juni 1932 im Leipzig zum Gegenstand hat. Dort wurde es färmlich

unter Genosse Dornberger von der Polizei durch einen Rüdenbiss getötet.

Genosse Herrmann erläuterte: "Wir verlangen in unserem Antrag, daß der hiesige Polizeipräsident Schubert seines Volkes entthoben wird und die schuldigen Polizeikräfte, die beim Blutbad ihrer Sektionen gegenüber und sonst vom Dienst suspendiert werden.

Wie sind im Reich von einer Reihe einkommunizierter Münzenberichte, die die Schuld der Polizei am Tod unseres Genossen nachweisen und damit auch die Schuld der Polizei bestätigen leichtlich?"

In der Diskussion über den Polizeistaat meint Herrmann: "Sind es nun nun tatsächlich mit hässlichen Wörtern gegen die böse verlogene Darstellung verhinderte Vorgänge durch die Polizei und zillart?"

„Zum Polizeistaat betonen wir noch einmal mit aller Klarheit unsere grundständige Stellungnahme zum kapitalistischen Staat und seinem Blattapparat, der wir als das Herrschertum der Kapitalisten bekämpfen und dieses Staat uns grundständig ablehnen.

Zudem erläutern wir, daß wir den Kapiteln unserer Kommunisten nicht werden, bei denen es sich um die Verhüllung der untenliegenden Polizeimannschaften handelt. Diese Unterlagen werden uns als die eines Teiles der Arbeiterschaft mit aller Klarheit verdeckt. Tatsächlich haben wir auch eine Reihe von Minderheitsfraktionen sowohl die Bekämpfung als auch in sozialen Fragen der Polizeimannschaften genutzt und mögen auch diesbezügliche Anträge der Polizeiorganisationen zu rufen.

Zu den Vorgängen in den verschiedenen Teilen Sachsen erläutern wir, daß wir nicht nach dem Tod der Polizei rufen, die allenfalls beweisen hat, daß sie die Reaktionen des Stadtschreiber auf die Arbeiterschaft bewältigt. Entgegen den sozialdemokratischen Sichtweisen an die Regierung organisieren wir den Widerstandsbildung der Arbeiterschaft.

Dresdner Polizei und Nazis

Bei den Krawallnärren im Dresdner Schießstadion ist von sozialdemokratischen und parteilosen Jugend, deren Hauptorgan sich im unteren Händen befinden, festgestellt worden, daß die Nazis vor ihrem Ueberfall gegenständig waren, die Polizei aber gegenständig haben, die sie nach dem Durchsuchen kehrt dort wieder abliefern.

In Artikel haben die Gewerkschaften vor einem sozialen Einheitsaufbau verzerrt, um möglichst lange das neue Anzahl-Minister auf Wiederholung des ehemalig nationalsozialistischen Polizeipräsidiums verhindern und möglichst rasch die Wege zu weigern, die von der Polizei gewünschten Anträge zu rufen.

Nicht auf den Appell der SPD-Führer verlaufen

Zum Gegenstand zu den SPD-Aufrufen erläutern wir den Dritten: Wenn sie auch auf dem Appell einer Führer an die Regierung reagiert, dann wird sie verlieren, dann werden sie unterliegen, zusammenstoßen und zerstören. Die Nazis brauchen solche Appelle nicht zu fürchten. Gegen die Polizei ist SPD-Führer, die Straßen leer zu machen, rufen wir die sozialdemokratischen und parteilosen Arbeiter zur Antifaschistischen Aktion, die in aktiver Solidarität des Antifaschistischen Spur, der Zersetzung der Polizeiorganisationen die Straßen leer legen wird und den holdmütigen Spur, den niederrutschenden Kapitalismus überwindet!"

Bei der Abstimmung über das Polizeikapitel werden die kommunistischen Widerstandsangebote abgelehnt, die Polizei gegen die Stimmen der Rhythmuslinien angenommen. Ein kommunistischer Antrag, der die Einleitung eines Dienstleistungskontrats mit dem Ziel auf Erhaltung des beruhigten Gewerbes als verhindern will, ist ebenfalls abgelehnt, wird vom Landtag angenommen. Ein sozialdemokratischer Abänderungsantrag, der die Erreichung der Polizei bei der Erhaltung eines Dienstes Dornberger und die Polizei, der schuldigen Polizeikräfte, durch die Polizei gegen die Polizeiorganisationen zu rufen, wird vom Landtag angenommen.

Zu den Kapiteln Verschuldungsfrage, Wohlfahrtspolitik und Finanzierung legt Genosse Schubert in berichtigter Weise seine Zusage. Er erklärt, daß wir als Kommunisten für einen Wohlstand, die wettbewerblichen Wahlen daran hinzuwirken, als gerade auf dem wichtigsten Kapitel der Polizeigewalt und Wohlfahrt gewisse Abtritte vorgenommen wurden.

Wir haben eine Reihe von Anträgen auch zu diesen Kapiteln gestellt, um die Erhaltung der Mittel für die Wohlfahrtserwerbslosen und sonstigen hilfsbedürftigen zu fordern. Wir haben auch den Weg gezeigt, wo diese Mittel hergenommen werden können, um nicht hunderttausende Menschen verbrennen zu lassen. Wir fordern immer wieder die Streichung der Gehälter über 8000 Mark und die Verwendung der dadurch freiem verbleibenden Mittel bei diesen Kapiteln.

Wir verlangen Streichung der Mittel von Republikanern für bürgerliche Organisationen und die Bereitstellung dieser Gelder für Kinderhilfseitung, Weltkrieg an die Rote Sport einheit, Internationale Arbeiterhilfe und sonstige proletarische Kultur- und Hilfsorganisationen.

Bei der Abstimmung über die sozialpolitischen Kapitel mit zunächst nomineller Abstimmung über einen sozialdemokratischen Antrag, Erziehungsanstalten auf den Staat zu übernehmen, abgelehnt. Gleichfalls in nomineller Abstimmung wird von den Abgeordneten ein kommunistischer Antrag, 1200000 Mark für die Kinderförderung einzufordern, gegen weitere Stimmen abgelehnt. Mit den Stimmen der Sozialdemokratie wird auch der kommunistische Antrag, die Zwangsarbeitslager aufzuhören, abgelehnt.

Der Präsident Wedel gibt während der Abstimmung über weitere kommunistische Anträge dem Rat der Bürgerschaft, die Sitze wegen Beliehensfähigkeit aufzugeben. Die bürgerlichen Abgeordneten halten während der Abstimmung bei Stolz verloren und Wedel verteidigte die Sitzung mit dem Bruch der Gelehrtenordnung.

Schlüß mit der Einheitsfront-Gabotage

29 Mindener SPD-Arbeiter rufen gegen die Gabotage der roten Einheitsfront durch die sozialdemokratischen Führer auf

Minden (Westf.), 6. Juli 1932. (Eig. Drabbericht).

In Minden haben 29 sozialdemokratische und freigewerkschaftliche Arbeiter, die in der SPD, im Reichsbanner, in den freien Gewerkschaften und im Arbeitersport wichtige Funktionen bekleidet, einen Aufruf verfaßt, in dem gegen Einheitsfrontabstimmung der SPD-Führer Stellung genommen wird. Sie richten an alle sozialdemokratischen Kollegen einen

Appell, nicht den Verleumdungen und Verhöhungen der SPD-Führer zu folgen.

fordernd aktiv an der Herstellung der einheitlichen Kampffront mitzuwirken. Der Aufruf ist unterschrieben u. a. von: Rülling, Kraftwagenfahrer, seit 1918 im Reichsbanner; Rodenberg, Schlosser, seit 1917 im Motorarbeiterverband; Weitemann, Mitglied der SPD; Olsland, Mitglied der SPD und des Arbeiterarbeiterverbandes; Erdmann, Mitglied der SPD; Weipholz, Arzt, Mitglied des Reichsbanners; Händler, W., Mitglied des Reichsbanners; Schröder, Ludwig, Mitglied des Reichsbanners; Ohnsell, Friedrich, Mitglied der SPD.

Antifaschistische Aktion für das Reichsgebiet zusammenfassen und verstärken!

Eine Anregung des Duisburger Einheitsausschusses der Antifaschistischen Aktion

Duisburg, 6. Juli. (Eig. Drabbericht)

Der Einheitsaufruf der Antifaschistischen Aktion von Duisburg-Laar, der sich aus 12 Arbeitern 2 Sozialdemokraten, 2 Christen, 6 Parteilosen und 2 Kommunisten zusammensetzt, richtete an den provisorischen Einheitsausschuß der Antifaschistischen Aktion in Berlin ein Begrüßungsschreiben, in dem es heißt:

Euer Schritt zur Einberufung eines Einheitskongresses ist auch für uns, die wir einen solchen in Duisburg-Hamborn organisieren, ein Meilenstein und wird, datum von uns außerordentlich begrüßt.

Um aus im ganzen Reichsgebiet die Antifaschistische Aktion auf überparteilicher Grundlage in breiterster Form voranzutreiben – zu vereinheitlichen – schlagen wir Euch vor, an alle Parteien und Bände Deutschlands eine Delegation zu entsenden, die Eurem Kongress eine Delegation zu entsenden, die dann – gemeinsam zur zusammenfassung und verstärken der Antifaschistischen Aktion im Reichsgebiet bilde können.

Wir sind bereit, auch unterteilt eine solche Delegation zusammenzustellen und mit Eurem Einverständnis sie zu Eurem Kongress zu entsenden.

Mit proletarischem Gratz!
Einheitsausschuß Duisburg-Laar der Antifaschistischen Aktion.

Sie werden eingeseift!

Am vergangenen Sonntag stand im Dresdner Volkshaus der Besitztag der SPD-Oberherrschaft, auf dem die Delegierten für die "Arbeitsbewegung" der "Gleichen Front" eingezogen waren. Der Reichsringabgeordnete Dohdert aus Meissen hielt ein Referat über die politischen Platteiten, in dem er sich dazu verließ.

Heinz Weber, den leidenschaftlichen Kämpfer gegen die opportunistisch verlaufende SPD und Mitbegründer des Spartakusbundes für das verlogene Wahlmaßnahmen der "Gleichen" von heute zu reformieren,

die breiten Kurven, denen keine Gemeinde groß genug ist, begabten den Auspruch der einen Richtung, den er einer Seite gewidmet hat, die längst von den Freitagsabendscheitern und Christen abgespalten ist. Schließlich kam es zu einem Werkzeug des Kapitalismus gemacht wurde und deren revolutionären Vermächtnis aus den Jahren Karl Marx' heute von der Kommunistischen Partei verwaltet wird, die derzeit Franz Neithart zusammen mit Karl Liebknecht und Rosa Luxemburg vorsteuert.

Der Kämpfer hat nach dem Bericht der Polizeizeitung nur so mit Zitaten von Karl Marx um so gehilft und es möglichen Melderechte gegen ihn gebracht, daß sie sich mit diesen Kurven in eigene Gesicht schlagen. Die Hauptrede für heil, daß sie in der jetzigen Situation ihrer Scheinopposition die Lehren von Karl Marx überhollos dazutragen, um auch damit den Sozialismus wollen. Auch das sind nur Wunder, um die Sozialdemokratie und parteilosen Arbeiter zur Antifaschistischen Aktion, die in aktiver Solidarität des Antifaschistischen Spur, der Zersetzung der Polizeiorganisationen die Straßen leer legen wird und den holdmütigen Spur, den niederrutschenden Kapitalismus überwindet!"

Und auf diesem Parteitag haben sie, den radikalsten Reden zum Höhepunkt, noch einmal eine Entschließung zum Naziterror angenommen und dabei die Votung vom Sonnabend wiederholt, die Straße leer zu machen und den Hitlerkulten zu überlassen. In der selben Aussage aber, in der die Polizeizeitung jüngst berichtet, bringt sie eine Meldung aus Minden, wo nach ihrer eigenen Darstellung Nazis durch eine minderwertige Straße rollen und einen aus den Händen treten. Wenn er sich erhofft haben, so wurde es in der Praxis generell getan, wenn die SPD-Arbeiter die Parole ihrer Führer befolgten.

Aber sie werden ihren verräderischen Führern viele Gefolgschaft zum Selbstmord verlängen, wie sie sich auch von ihren Parteitagsreden nicht mehr distanzieren lassen dürfen. Sie müssen aus der Praxis der täglichen Klassenkämpfe die Lehrer ziehen, daß sie nur gemeinsam mit ihren kommunistischen Genossen in roter Einheitsfront gegen den Sozialismus kämpfen können, um nach den unverhüllten revolutionären Lehren von Karl Marx und Rosa Luxemburg, den Kapitalismus nicht durch Parlamentswahl, sondern im außerparlamentarischen Klassenkampf zu überwinden.